

Somaliland Von der Weltöffentlichkeit unbeachtet hat sich das Land seit der Abspaltung von Somalia positiv entwickelt

Das bestgehütete Geheimnis von Afrika

Hannelore Wallner
und Ulf Terlinden

Somalia ist nach 14 Friedensverhandlungen mit einer Übergangsregierung ausgestattet, die es in ihrem ersten Amtsjahr nicht geschafft hat, in der Hauptstadt Mogadischu Fuss zu fassen. Währenddessen hat der nordwestliche Nachbar, die selbst ernannte Republik von Somaliland – sie erklärte 1991 ihre Unabhängigkeit von Somalia – innerhalb der letzten Jahre bei Beobachtern Aufsehen erregt, indem sie schrittweise einen Demokratisierungsprozess eingeleitet und umgesetzt hat.

Im Jahr 2002 wurden Kommunalratswahlen abgehalten, 2003 folgten Präsidentschaftswahlen. Bei den Parlamentswahlen am 29. September dieses Jahres (siehe Kasten) wurden schliesslich die vormalis nominierten Abgeordneten des Zweikammersystems gewählt. Gemeinsam mit dem Guurti, dem nationalen Ältestenrat, bilden sie die Volksvertretung Somalilands.

Verfolgt und marginalisiert

Somalilands Abspaltung von Rest-Somalia basierte einerseits auf der erlittenen Verfolgung durch Diktator Siad Barre und andererseits auf der Aussicht, dass sich Unterdrückung und Marginalisierung in der «gescheiterten Ehe» der zwei ehemaligen Kolonien stets fortsetzen würden. Im Vergleich zum restlichen Somalia ist die traditionelle Autorität der Clan-Ältesten in Somaliland relativ gut erhalten geblieben und bildete das Fundament für die Versöhnung seiner Clans.

Der seither relativ hohe Grad öffentlicher Sicherheit und Stabilität ist die Folge der Bereitschaft zu einer friedlichen Konfliktlösung durch die Institutionalisierung der Demokratie. Die positive Entwicklung wird von lokalen Politikern und Geschäftstreibenden, vor allem aber von der breiten, kriegsmüden Masse der Bevölkerung unterstützt. So konnte Somaliland trotz der Abspaltung von Somalia und mehreren erheblichen internen Konflikten in den Jahren

Die erfolgreiche, international allerdings nicht anerkannte Staatenbildung und der kürzlich mit den Parlamentswahlen abgeschlossene Demokratisierungsprozess Somalilands führen drastisch vor Augen, wie unterschiedlich die Entwicklung der zwei Nachbarstaaten mit den leicht zu verwechselnden Namen Somalia und Somaliland am Horn von Afrika verläuft.



Relativ sicher und stabil: Die Entwicklung Somalilands – im Bild die Ortschaft Gabiley – stimmt hoffnungsvoll. (hww)

zwischen 1992 und 1996 eine legitime Regierungsstruktur aufbauen.

Auswanderer als Devisenquelle

Somaliland ist wirtschaftlich nach wie vor schwach. Die zwei wesentlichen Einnahmequellen sind die Einnahmen von Steuern und Zöllen am Hafen von Berbera, und Auslandüberweisungen von der Somaliland-Diaspora, wobei letztere seit dem saudiarabischen Importverbot für somaliländisches Vieh bei weitem die grösste Bedeutung ha-

ben. Sie werden auf jährlich 300 bis 500 Millionen US-Dollar geschätzt.

Furcht vor einem Präzedenzfall

Die Anerkennung Somalilands ist nicht nur in der westlichen Welt und in der Uno, sondern auch innerhalb Afrikas ein umstrittenes Thema. Die Afrikanische Union (AU) will wegen der Fülle afrikanischer Sezessionsbestrebungen keinen Präzedenzfall schaffen, indem es Somalilands Abspaltung anerkennt. Andere Länder wie Grossbritannien oder

die USA wollen ohne Zustimmung der AU – oder zumindest wichtiger AU-Mitgliedstaaten – nicht den ersten Schritt tun, deuten aber für den Fall einer Anerkennung Unterstützung an. Im Zusammenhang mit der Anerkennung Somalilands stechen bislang Südafrikas diplomatische Bemühungen heraus, denen sowohl ein positives Rechtsgutachten als auch eine Fact Finding Mission der AU zu verdanken sind.

Anzunehmen ist, dass die im September erfolgreich durchgeführte Parla-

mentswahl den Anerkennungsbestrebungen neuen Auftrieb geben wird, selbst wenn dies zunächst auf kleinere Zwischenschritte wie intensivierete Unterstützung und Dialog beschränkt bleiben sollte. Washington hat die Wahlen ausdrücklich begrüsst, während eine direkte Stellungnahme der EU noch aussteht.

Im Lichte der kürzlich abgehaltenen Wahlen wird die internationale Gemeinschaft nicht umhin kommen, ihre festgefahrenen Argumente gegen die internationale Anerkennung des friedlichen und demokratischen Staates Somaliland zu überprüfen. Der Raum für ein «Aussetzen» der Frage schrumpft – insbesondere angesichts der allgemein beklagten undemokratischen Regierungsführung der anerkannten Nachbarstaaten.

Strategie sorgfältig abwägen

Zugleich sind externe Akteure gut beraten, alle Auswirkungen verstärkter Kooperation bis hin zur Anerkennung gründlich abzuwägen und in eine wohlüberlegte Strategie einfließen zu lassen. Neben den damit einhergehenden Vorteilen, wie Entwicklungshilfemitteln, vollen Souveränitätsrechten und der Partizipation am Weltmarkt, hat das Vorgehen der internationalen Gemeinschaft auch Rückwirkungen auf die interne Machtbalance des jungen Staates.

Unbedingt vermieden werden muss die prekäre Entkoppelung von Zentralregierung und Bevölkerung, die die Realität so vieler afrikanischer Staaten prägt. Auch im Verhältnis unter den Clans hat sich die relative Schwäche des somaliländischen Staates bislang als wesentlicher Anreiz zu konsensorientiertem Regierungshandeln und damit als wesentlicher Baustein des Erfolgs erwiesen.

Hannelore Wallner arbeitet für das Friedensforschungsinstitut Swisspeace und ist derzeit beim Institute for Security Studies in Pretoria stationiert. Sie war Mitglied der südafrikanischen Wahlbeobachtungsdelegation in Somaliland. **Ulf Terlinden** untersucht im Rahmen eines Projektes der Deutschen Stiftung Friedensforschung die Etablierung von Regierungsstrukturen im Nachgang zu Staatszerfallsprozessen am Beispiel von Somalia/Somaliland. Er arbeitet am Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung.

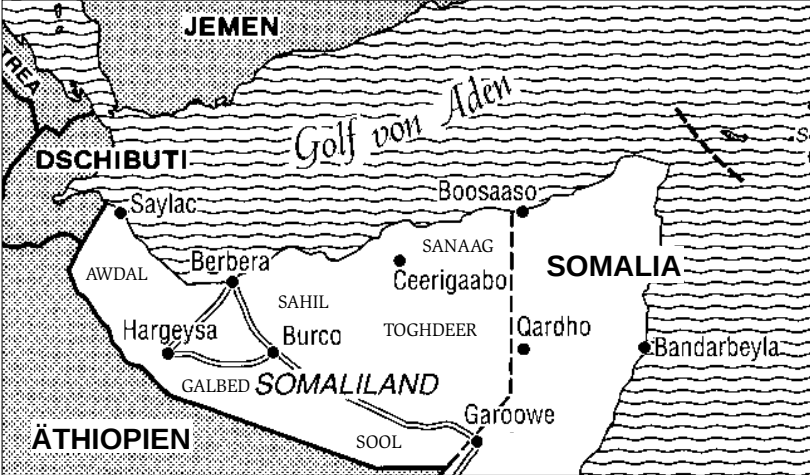
Parlamentswahlen in Somaliland weitgehend fair verlaufen

Hannelore Wallner

Obwohl die internationale Gemeinschaft keine offiziellen Wahlbeobachter entsandt hatte, waren insgesamt 74 internationale Wahlbeobachter in Somaliland, um den Verlauf der Parlamentswahlen am 29. September 2005 zu verfolgen. Die britische NGO International Cooperation for Development (ICD) übernahm auf Einladung der nationalen Wahlkommission von Somaliland die übergeordnete Organisation der Wahlbeobachtung. Neben ICD schickten auch das in den USA domizilierte International Republican Institute und Südafrika Delegierte zur Wahlüberwachung. Nahezu die gesamte Logistik für die Wahlbeobachtungsmission – Fahrer, Fahrzeuge sowie die Kommunikationsausrüstung – wurde von lokalen und internationalen NGO in Somaliland kostenlos bereitgestellt.

Drei Parteien zur Auswahl

Neben der Regierungspartei UDUB nahmen zwei Oppositionsparteien – Kulmiye und UCID – an der Wahl teil. 82 Parlamentssitze waren zu besetzen und insgesamt 246 Kandidaten – davon sieben Frauen – standen zur Wahl. Die einzelnen Parteien wiesen wenig offensichtliche Unterschiede in ihren Programmen auf. Die Wahlentscheidungen stützten sich daher weitgehend auf die Klanbeziehungen der Wähler zu den Kandidaten. Dies ist vor allem dahingehend wichtig, da in jeder der insgesamt sechs Regionen Somalilands jeweils regionale Kandidaten zur Wahl standen. Viele Somaliländer gingen daher in ihrer Heimatregion zur Wahl.



Die geringe Zahl der weiblichen Kandidaten erweckt den Anschein, als ob die Beteiligung der Frauen im Demokratisierungsprozess von Somaliland noch immer hinterherhinkt. Dabei gilt es aber zu berücksichtigen, welche Schwierigkeiten die Frauen im politischen Leben in Somaliland zu überwinden haben. Nur dann kann man verstehen, welch grosser Schritt die Nominierung der sieben weiblichen Kandidaten für die Parlamentswahlen bedeutet – und welcher Erfolg die Wahl von zwei Kandidatinnen als Parlamentsabgeordnete für Somaliland darstellt. Die direkt gewählte Kandidatin in Awdal im Westen Somalilands ist das erste gewählte weibliche Parlamentsmitglied Somalias überhaupt. Die zweite Frau kam über die Proporzliste in Sanaag ins Parlament.

Die Vorwahlphase kann als sehr friedlich beschrieben werden. Zwar

gab es Vorwürfe von Seiten der Opposition, dass die Regierungspartei vorrangigen Zugang zu Medien gehabt hätte und diesen zu ihrem Vorteil ausnutzte. Weiter wurde der Verdacht geäussert, dass Regierungsgelder zum vorteilhaften Nutzen der Regierungspartei UDUB verwendet wurden.

Wahltag verlief friedlich

Der Wahltag selbst verlief äusserst friedlich. Um Sicherheit für alle Wähler zu garantieren, wurde die Wahl im östlichen Teil von Sanaag und in Sool nicht durchgeführt. In diesem östlichsten Teil Somalilands hält der Streit um Gebietsansprüche mit der autonomen Region Puntland, die zu Somalia gehört, an. Die 37 Beobacherteams waren in allen Regionen Somalilands vertreten und konnten auch in abgelegenen Gebieten den Verlauf der Wahlen mitverfolgen.

Die Stimmung am Wahltag wurde allgemein als sehr positiv und äusserst enthusiastisch beurteilt. Die Menschen warteten geduldig in langen Schlangen vor den Wahlgebäuden. Viele kamen schon in den frühen Morgenstunden, ja sogar am Vorabend von weit her. Vor allem in den ländlichen Gebieten, wo viele Menschen einem nomadischen Lebensrhythmus folgen, war die Anreise für viele Wähler beschwerlich. Trotzdem gingen rund 800 000 Wähler an die Urnen. Besonders die Beteiligung der Frauen war extrem hoch.

Grundsätzlich fair und frei

Die Wahl wurde von den internationalen Beobachtern für friedlich und im Grossen und Ganzen für frei und fair erklärt. Im Hinblick auf zukünftige Wahlen gibt es sicherlich einige Bereiche, die verbessert werden können. Dies bezieht sich im Besonderen auf die fehlende Wähleridentifikation, da es in Somaliland bisher keinen Zensus gab, und auf die Logistik, die unzählige Herausforderungen an die Organisatoren der Wahl stellte.

Mehrere Beobacherteams berichteten von potenziellen Mehrfachwählern, die beim Eintritt in die Wahllokale erappt wurden. Die erstmals in Somaliland angewandte unsichtbare, nicht-abwaschbare Tinte hat sich als sehr effektiv erwiesen. Dank der akribischen Überprüfung der Finger wurden potenzielle Doppelwähler rechtzeitig erkannt. Die Erappten reagierten darauf alles andere als beschämt, sondern gingen mit einem milden Lächeln von dannen. Solche Betrugsversuche fanden in beschränktem

Rahmen statt und Anhänger aller drei Parteien waren daran beteiligt, sodass sie das Wahlergebnis kaum beeinträchtigt haben dürften.

Sehr kleines Wahlbudget

Die Mängel, die während des Wahltags beobachtet wurden, sind weitestgehend auf die beschränkten finanziellen Mittel, mit denen diese Wahl organisiert wurde, zurückzuführen. Ganze 1,8 Millionen US-Dollar, zu grossen Teilen aus EU-Mitteln finanziert, standen zur Organisation der Wahl – unter anderem wurden beinahe 1000 Wahllokale hergerichtet – zur Verfügung.

Vierorts gab es nach Einbruch der Dunkelheit keinen Strom, sondern nur Kerzen, was den Zählvorgang stark verlangsamte. Oftmals waren Wahllokale sehr klein, was aufgrund des enormen Wählerandrangs am Morgen zu langen Wartezeiten führte. Im Verhältnis zu den schwierigen Bedingungen, unter denen diese Wahl organisiert wurde, verdient Somaliland Anerkennung für die gelungene Durchführung. Diese wurde inzwischen insbesondere in einer Erklärung des amerikanischen Aussenministeriums gezollt.

Das Wahlergebnis wurde von allen Parteien anerkannt: UDUB gewann 33 Sitze, Kulmiye 28 und UCID 21. Ein relativ langer Auszählungsprozess ging offenbar mit genauer Prüfung einher. Auch hier, wie schon im Vorfeld der Wahl, galt die Devise: Lieber langsam und auf Konsens basierend, als schnell und umstritten. Somit steht die Parlamentswahl durchaus in der Tradition von Somalilands erfolgreicher Nachkriegsversöhnung.